

1 Antrag an den Landesparteitag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Saarland

2 Antragsteller: Landesvorstand

3

4 **Für eine neue Flächenpolitik im Saarland**

5 **Klimakrise und Biodiversitätsverlust zwingen zum Umdenken: Flächeneffizienz zum** 6 **Markenzeichen des Saarlandes machen**

7

8 Die Siedlungs- und Verkehrsfläche nimmt im Saarland mittlerweile bereits über 22,6 Prozent der
9 Gesamfläche ein. Damit erreicht das Saarland den zweithöchsten Wert unter den deutschen
10 Flächenländern – und das trotz zurückgehender Bevölkerungszahlen. Das ist ein Alarmsignal vor dem
11 Hintergrund der Klimakrise und dem dramatischen Verlust von Tier- und Pflanzenarten, sowie ihrer
12 Lebensräume. Ausufernde Flächenversiegelungen können zudem zu Überschwemmungen führen.

13

14 Gleichzeitig ist die saarländische Wirtschaft aber auf attraktive Gewerbe- und Industriegebiete
15 dringend angewiesen. Unternehmen brauchen Fläche mit -für die spezifisch geplante Ansiedlung-
16 bestmöglicher Infrastruktur, um sich weiter zu entwickeln. Dies ist eine Grundvoraussetzung für eine
17 prosperierende Wirtschaft, für gute und sichere Arbeitsplätze und damit für den Wohlstand im
18 Saarland. Zugleich sind attraktive Gewerbe- und Industriegebiete ein wichtiger Standortfaktor im
19 nationalen und internationalen Wettbewerb.

20

21 Die Bereitstellung von geeigneten Flächen ist eine Kernaufgabe der Wirtschaftspolitik des Landes. Die
22 Landesregierung versäumt es aber gleichzeitig seit Jahren, die vielen, im Zuge des Strukturwandels
23 und der Energiewende, brachliegenden Gewerbe- und Industrieflächen wieder konsequent der Saar-
24 Wirtschaft zur Verfügung zu stellen und gefährdet damit durch Unterlassen die wirtschaftliche
25 Entwicklung des Landes.

26

27 **Eine zukunftsfähige Industriestrategie – Flächenpolitik mit Sinn und Ziel**

28

29 Eine zielgerichtete Flächenstrategie braucht eine kohärente Industriestrategie als Grundlage. Erst mit
30 einer klaren industriepolitischen Vorgabe, welche Industrien für das Saarland zukünftig relevant sind,
31 können optimale Ansiedlungen auf den jeweiligen Flächen realisiert werden. Eine Flächenentwicklung
32 „ins Blaue“ hinein und eine undifferenzierte Flächenbevorratung hingegen ist weder ökologisch
33 verträglich, gesellschaftlich durchsetzbar noch ökonomisch sinnvoll.

34

35 **Rund 1.000 Hektar Gewerbe- und Industrieflächen verfügbar**

36

37 Im Saarland sind derzeit 9,6 Quadratkilometer (= 960 Hektar) an Industrie- und Gewerbefläche
38 verfügbar: Davon kurzfristig (bis 3 Monate) 250 Flächen mit 271 Hektar, mittelfristig (4 bis 12 Monate)
39 71 Flächen mit 215,5 Hektar und langfristig (mehr als 12 Monate) 111 Flächen mit 472,7 Hektar. 43
40 zur Verfügung stehende Flächen weisen eine zusammenhängende Größe von mehr als einem Hektar
41 auf, 8 Flächen davon mehr als 4 Hektar zusammenhängende Fläche. Auch bereits bestehende
42 Produktionsliegenschaften sind mehrere mit teilweise über 10.000 Quadratmetern Produktionsflächen
43 am Markt.

44

45 Hinzu kommt als große zusammenhängende Fläche der Standort des ehemaligen Kraftwerks Ens Dorf
46 mit 53 Hektar, der noch nicht erfasst ist. Hinzu kommen weitere Flächen aus altindustrieller Nutzung
47 und der Bahn.

48

49 **Neuentwicklung hat immer noch Vorrang vor Recycling und Effizienz**

50

51 Dennoch hat die Neuentwicklung von Industrie- und Gewerbefläche und damit auch die oft unnötige
52 Neuinanspruchnahme wertvoller Grün- und Freiflächen aus Gründen der öffentlichen Wahrnehmung
53 immer noch überwiegend Vorrang vor einer sinnvollen Nutzung und Belegung bereits ausgewiesener
54 Flächen.

55

56 **Wir sind überzeugt: Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung werden grundsätzlich bei**
57 **Bestands- und Konversionsflächen in geringerem Maße auftreten. Vor dem Hintergrund**

58 zunehmender Bürgerproteste ist dies ein nicht zu vernachlässigender, weicher Standortvorteil
59 für Ansiedlungsinteressenten.

60
61 Wir als Grüne wollen Flächeneffizienz zum Markenzeichen des Landes machen. Wir wollen,
62 dass Ökonomie und Ökologie in der Flächenpolitik zusammengebracht werden. Dazu gehört
63 auch eine aktive Flächenpolitik von Land und Kommunen in Zusammenarbeit mit ansiedlungs-
64 bzw. erweiterungswilligen Unternehmen.

65
66 Vor diesem Hintergrund stellt der Landesparteitag folgenden Forderungen für eine zeitgemäße
67 Gewerbe- und Industrieflächenpolitik:

68

69 1. Flächenverbrauch begrenzen – Ziel Netto-Flächenverbrauch 0,0 Hektar

70

71 Der Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen fordert:

72

73 • **Eine gesetzliche Obergrenze für den Flächenverbrauch mit 0,0 Hektar-Ziel:**
74 Wir fordern klaren Vorrang für die Innenentwicklung mit einer verpflichtenden
75 kommunalen Gemeinschaftsarbeit.

76

77 • **Die Unterbindung des Gewerbesteuerwettbewerbs:** Lokale
78 Gewerbesteuerregioismen mit einem Kirchturmdenken müssen überwunden
79 werden, stattdessen sollte die Region als Planungsraum für die Ansiedlung von
80 Industrie und Gewerbe in den Fokus gerückt werden.

81

82 • **Interkommunale und ökologische Ausrichtung der**
83 **Landesentwicklungsplanung:** Die Gemeindegrenzen sollten angesichts der
84 notwendigen Schonung natürlicher Ressourcen nicht mehr ausschlaggebend für
85 die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen sein.

86

87

88 2. Brachflächen wieder in den Wirtschaftskreislauf eingliedern

89

90 Der Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen fordert:

91

92 • **Enddorf zum Anker für großflächige Ansiedlungen machen:** Hier kann
93 potenziellen Investoren ein gutes Angebot hinsichtlich der Flächen, der Anbindung
94 an Wasserstraße mit eigenem Schiffsanleger, an das deutsche und französische
95 Autobahnnetz und das Bahnnetz gemacht werden.

96

97 • **Einrichtung eines Brachflächenkatasters:** Wir wollen ein landesweites Kataster
98 mit einem Portfolio aller im Saarland vorhandenen, ungenutzten Gewerbe- und
99 Industrieflächen, das insbesondere auch im Rahmen eines Online-Portals für
100 interessierte Unternehmen zugänglich ist.

101

102 • **Freistellung und Überführung in die kommunale Planungshoheit:**
103 Viele frühere und heute brachliegende Bahnbetriebsanlagen, wie das großflächige
104 Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Schleifmühle in Saarbrücken, sind der
105 kommunalen Planungshoheit entzogen. Dies muss sich durch eine Freistellung
106 durch das Eisenbahnbundesamt ändern.

107

108 • **Flächenfonds zur Konversion anlegen:** Über einen Flächenfonds kann zügig
109 die notwendige Altlastensanierung in Angriff genommen werden.

110

111 • **Strukturholding Saar neu ausrichten:** Das Saarland braucht eine spezifische
112 Brachflächen-Entwicklungsgesellschaft, die sich zielgerichtet um den Aufkauf, die
113 Aufbereitung und Vermarktung kümmert. Die Strukturholding Saar muss
114 dementsprechend neu ausgerichtet werden.

115

- 116
- 117
- 118
- 119
- 120
- **Rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen:** Land und Kommunen müssen die vorhandenen bau- und bodenschutzrechtlichen Möglichkeiten zur Nutzbarmachung von Brachflächen konsequent einsetzen.

3. Potenziale bestehender Gewerbe- und Industriegebiete heben

Der Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen fordert:

- 122
- 123
- 124
- 125
- 126
- 127
- 128
- 129
- **Konsequente Frei- und Verkehrsflächenevaluation:** Um herauszufinden, welches Verdichtungspotenzial bestehende Gewerbe- und Industrieflächen noch besitzen, müssen insbesondere Frei- und Verkehrsflächen, aber auch unbebaute Betriebsflächen, evaluiert werden.
 - **Nutzung vorhabenbezogene Bebauungspläne zur Verdichtung:** Die Kommune kann durch das Aufstellen vorhabenbezogener Bebauungspläne die Grundstücksausnutzung verbessern und entsprechend nachverdichten.
 - **Einrichtung von Gewerbegebietsmanagement:** Gewerbegebiete mit mehreren oder gar vielen Unternehmen können durch ein zentrales, übergeordnetes Gewerbegebietsmanagement profitieren, z.B. durch gemeinsame Nutzungen von Ressourcen.
 - **Steigerung von Energie- und Wertstoffeffizienz:** Innerhalb von Gewerbegebiete Ressourcen, wo immer es geht, gemeinsam zu nutzen, schont Umwelt- und Klima.

4. Ausgleichsmaßnahmen bei Flächenneuanspruchnahme

145

146

147

148

149

150

Unter den Voraussetzungen, dass auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung keine Brachflächen in der notwendigen Größe mehr zur Verfügung stehen bzw. Unternehmenserweiterungen an einem anderen Standort eine unbillige Härte darstellen würden, braucht es klare und transparente Kriterien für Ausgleichsmaßnahmen.

151

Der Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen fordert:

- 152
- 153
- 154
- 155
- 156
- 157
- 158
- 159
- 160
- 161
- 162
- 163
- 164
- 165
- 166
- 167
- 168
- 169
- 170
- **Kompensierung des Flächenverbrauchs:** Die verbrauchte Fläche und mit der Ansiedlung verbundene Folgewirkungen müssen vollständig kompensiert werden. Unser Ziel: Für jeden Quadratmeter, der versiegelt wird, muss an anderer Stelle mindestens 1 Quadratmeter entsiegelt und renaturiert werden. Dabei ist ein qualitativer Ausgleich einem rein quantitativen Ausgleich Vorrang einzuräumen (z.B. Konzentration in einem Biotopverbundsystem etc.).
 - **Ausgleichsmaßnahmenkataster einführen:** Um die Ausgleichsmaßnahmen transparent zu machen und eine wirksame Kontrolle, auch im Hinblick auf das vorgenannte 0,0-Hektar-Ziel zu gewährleisten, ist ein öffentliches Ausgleichsmaßnahmenkataster erforderlich, in dem die Ausgleichsmaßnahmen quantitativ und qualitativ vermerkt werden.
 - **Begrünung von Dachflächen und Wänden forcieren:** Um die ökologischen Folgen von lokalen Eingriffen zu minimieren, sollen künftig Dachflächen und bei Bedarf auch Wandflächen von neuen Industrie- und Gewerbegebäuden obligatorisch begrünt werden. Gleichzeitig soll die Errichtung PV-Dachanlagen forciert werden.

171

172

173

174

175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233

5. Flächenbedarfe gezielt reduzieren

Der Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen fordert:

- **Platzsparendes Bauen zum Standard machen:** Werden auf Brachflächen neue Gewerbegebiete geplant, sollten mehrgeschossige Gebäude und Hallen obligatorisch werden, sofern dies möglich ist. Zugleich braucht es konkrete Vorgaben von Mindestnutzungskennzahlen.
- **Effiziente Verkehrs- und Betriebsflächennutzung:** Werden Verkehrs- und Betriebsflächen gebündelt, kann nicht nur hochwertige Gewerbefläche, sondern auch viel Geld gespart bei Bau und Unterhalt gespart werden. Dies gilt insbesondere für Parkplätze, aber auch für LKW-Stellplätze, die im Rahmen eines integrierten Lieferverkehrsmanagements gebündelt werden können.
- **Obligatorisches Flächenmanagementsystem:** Statt der tradierten Angebotsplanung sollten die Kommunen verpflichtet werden, im Rahmen eines nachhaltigen kommunalen Flächenmanagementsystems bedarfsorientiert und strategisch die Flächenentwicklung zu steuern.
- **Zertifizierungsverfahren für flächensparende Kommunen:** Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen können auch saarländische Kommunen zu einem nachhaltigen Umgang mit der Ressource Fläche motiviert und ihre Anstrengungen durch ein Zertifizierungsverfahren honoriert werden.
- **Ortskerne wieder stärker in den Fokus nehmen:** Auch im Bereich der Ansiedlung von Gewerbe in den Orts- und Stadtkernen aber auch bei der Schaffung von Wohnraum braucht es eine kohärente Strategie der Flächennutzung, die dem sogenannten Donut-Effekt, also der Leerung der Ortskerne zugunsten der freien Fläche am Ortsrand vorbeugt.

6. Infrastruktur verbessern – Qualität erhöhen

Der Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen fordert:

- **ÖPNV-Anbindung der Gewerbe- und Industriegebiete verbessern:** Viele Gewerbegebiete, wie etwa der Lisdorfer Berg in Saarlouis, sind nicht oder nur unzureichend an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen, so dass die Beschäftigten auf ein Auto angewiesen sind. Es ist daher dringend geboten, die Gewerbegebiete bestmöglich an Bus und Bahn anzubinden.
- **Versorgungseinrichtungen und soziale Einrichtungen schaffen**
Gerade Gewerbegebiete mit vielen kleineren Unternehmen verfügen über keine zentralen Versorgungseinrichtungen für die Beschäftigten, da jedes Unternehmen zu klein dafür ist. Werden die Bedarfe gebündelt, können gemeinsame Kantinen, etc. geschaffen werden.
- **Digitalisierung vorantreiben:** Immer noch sind viele Gewerbegebiete ohne Glasfaser-Anschluss, so dass die Digitalisierung nur schleppend vorankommt. Das muss sich ändern, um die Standorte zukunftsfest zu machen.